

Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung Juni 2019

TOP 1(a+b)

(a) Mehrere Abgeordnete der AfD-Fraktion beantragen erneut gemäß Artikel 54 Abs. 1 der Landesverfassung die Einsetzung eines 18. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Der Ausschuss soll beispielsweise Strukturen des Linksextremismus, Aktivitäten im Internet sowie mögliche Verbindungen von Gewerkschaften zu linksextremistischen Organisationen untersuchen.

(b) Die AfD bringt einen Antrag zur Besetzung des 18. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ein, der die Mitglieder aus ihrer Fraktion auflistet: Daniel Roi, Mario Lehmann und Ulrich Siegmund.

TOP 2

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im Juni die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/innen der Landesregierung zu wenden.

TOP 3(a-c)

a) „Klimaschutz konkret! So erreichen wir unsere Ziele“ – Unter diese Überschrift hat die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie, Prof. Dr. Claudia Dalbert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), ihre Regierungserklärung gestellt.

(b) Mit einem Antrag will die Fraktion DIE LINKE darauf drängen, den Klimawandel als menschengemacht anzuerkennen und Treibhausgase drastisch zu reduzieren. Die Diffamierung von zivilgesellschaftlichem Engagement für den Klimaschutz soll vom Landtag verurteilt werden. Die Landesregierung soll sich auf Bundesebene für eine grundlegende Reform der Luftverkehrssteuer und darüber hinaus für die Einführung einer EU-weiten Kerosinsteuer einsetzen.

(c) Nach der Regierungserklärung der Umweltministerin und der Einbringung des Antrags der Fraktion DIE LINKE kommt es zur Aussprache im Plenum.

TOP 4

Die Fraktion DIE LINKE und die Landesregierung haben verschiedene Gesetzentwürfe zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes vorgelegt. Dabei geht es um die rechtlichen Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit zwischen Personalräten und Dienststellen. Nach verschiedenen Beratungen empfiehlt der Finanzausschuss nun, den Gesetzentwurf der Linken abzulehnen und den der Landesregierung anzunehmen.

TOP 5

Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt, die Änderung des genannten Gesetzentwurfs anzunehmen. Damit soll der Erfahrungszeitraum beim Umgang mit Body-Cams verlängert werden. Nur so könnten statistisch verwertbare Ergebnisse erzielt werden, die es der Landesregierung und dem Gesetzgeber gestattet, die Zielerreichung sachgerecht zu überprüfen.

TOP 6

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung sollen die bestehenden bereichsspezifischen Datenschutzregelungen des Landes im Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen an die unionsrechtlichen Vorgaben angepasst werden. Nach Beratung empfiehlt der Ausschuss für Finanzen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

TOP 7

Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Landtag, das vorliegende E-Government-Gesetz Sachsen-Anhalt anzunehmen. Neben der Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechniken enthält es Vorgaben für die künftige Gestaltung der Arbeitsabläufe innerhalb der Landesverwaltung. Demzufolge richtet sich der Gesetzentwurf verwaltungsträgerübergreifend an alle Stellen der Landesverwaltung und nur mittelbar – hinsichtlich der mit dem Gesetz intendierten Auswirkungen – an Privatpersonen.

TOP 8

Der vorliegende Gesetzentwurf soll nach dem Inkrafttreten der EU-Richtlinie 2016/680 vom 27. April 2016 die dort enthaltenen Vorgaben zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten umsetzen. Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf anzunehmen.

TOP 9

Die Landesregierung bringt den Entwurf eines Landesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2019/2020/2021 ins Juni-Plenum ein. Ziel ist die Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse durch die Übernahme des Tarifabschlusses für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder (TV-L) vom 2. März 2019.

TOP 10

VERSCHOBEN auf 21. Juni 2019

TOP 11

Die Landesregierung bringt den Entwurf eines Gesetzes über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen in den Landtag ein. Das Gesetz regelt den Empfang und die Verarbeitung von elektronischen Rechnungen. Außerdem wird die elektronische Rechnung als legal definiert.

TOP 12

Die Fraktion DIE LINKE hat sich mit einer Großen Anfrage zum „Umgang mit Anliegen der Bürgerinnen und Bürger“ an die Landesregierung gewandt. Darin heißt es, während der Petitionsausschuss dem Landtag regelmäßig schriftlich über seine Tätigkeit berichtet, sei über den Umgang mit Bitten und Beschwerden durch die Landesregierung wenig bekannt. Mit dem 52 Punkte umfassenden Fragenkatalog wollen die Antragsteller den Umgang transparenter machen. Die Antworten der Landesregierung liegen nun vor und werden im Plenum diskutiert.

TOP 13

Die Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Landesregierung bitten, ein Förderprogramm zum Kauf neuer Lastenräder aufzulegen. Das Programm soll den Erwerb eines Lastenfahrads mit bis zu 50 Prozent und höchstens 1 500

Euro fördern und im nächsten Doppelhaushalt 2020/2021 mit insgesamt 300 000 Euro untersetzt werden. Einen Antrag können Privatpersonen, Gewerbetreibende, Vereine und Kommunen stellen.

TOP 14

Im Einklang mit einem Urteil des EuGH ist die Abschiebungshaft als Sicherungshaft zur Vollziehung der Abschiebung räumlich getrennt von der Strafhaft zu vollziehen. Dieses Abstandsgebot schließe nach Ansicht der AfD-Fraktion die Unterbringung von Sicherungshäftlingen in einer JVA nicht aus, wenn eine räumliche Trennung zu den Strafgefangenen innerhalb der Anstalt gewährleistet sei. Die Landesregierung soll per Antrag aufgefordert werden, in den Fällen der Ausweisung und Abschiebung nach dem Aufenthaltsgesetz die Voraussetzungen für eine Unterbringung von ausreisepflichtigen Sicherungshäftlingen in den Justizvollzugsanstalten des Landes zu schaffen.

TOP 15

Die Arbeits- und Rahmenbedingungen der Jugendarbeit müssen deutlich verbessert werden, betont die Fraktion DIE LINKE. So sollen laut Antrag unter anderem Fördermittel für die Fachkräfte in Höhe der Vergütung einer entsprechenden Fachkraft des öffentlichen Trägers zur Verfügung gestellt und die Höhe dieser Vergütung als Fördergrundlage festgeschrieben werden.

TOP 16

Auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll die Landesregierung gebeten werden, sich auf Bundesebene für eine bessere finanzielle Unterstützung von Freiwilligendienstleistenden zur Verbesserung ihrer Mobilität einzusetzen, um vom Wohnort zur Einsatzstelle zu gelangen. Zu diesem Zweck soll die Landesregierung mit den Kommunen und den Verkehrsverbänden im Land ins Gespräch kommen und dabei für Sondertarife für Teilnehmende an den Freiwilligendiensten werben.

TOP 17

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung empfiehlt nach Beratung, einen Antrag der AfD-Fraktion zur Neuordnung von Laufbahn und Ausbildung der Gerichtsvollzieher in Sachsen-Anhalt in geänderter Fassung anzunehmen. Mit dem Antrag sollte die Landesregierung unter anderem aufgefordert werden, die Einrichtung eines eigenen FH-Studiengangs für Gerichtsvollzieher zu prüfen.

TOP 18

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration empfiehlt dem Landtag, den Antrag der AfD-Fraktion in der vorliegenden geänderten Fassung anzunehmen. Unter der Überschrift „Demokratieförderung gut aufgestellt“ heißt es nun unter anderem: „Im Zuwendungsbescheid an die geförderten Träger ist geregelt, dass keine Steuergelder an extremistische Organisationen fließen dürfen und Unterwanderungsversuchen von geförderten Initiativen durch extremistische Personen oder Gruppen wirksam begegnet werden muss – ungeachtet dessen, ob sie den Bereichen islamistischer Extremismus, Rechts- oder Linksextremismus angehören.“

TOP 19

Der Ausschuss zur Überprüfung der Abgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR legt dem Landtag seinen Bericht vor. Daraus geht hervor: Von den 49 überprüften Abgeordneten gibt es aufgrund der Unterlagen des

Staatssicherheitsdienstes der DDR „keine Hinweise“ auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR.

TOP 20

Die Fraktion DIE LINKE möchte mit einem Antrag die Situation der Kinderhospize in Sachsen-Anhalt verbessern. Es müssten dringend einheitliche gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die eine stabile Finanzierung dieser Einrichtungen sicherten, so die Antragstellerin. Der Antrag enthält konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation.

TOP 21

„Verfassungsfeindlicher Propaganda in den Schulen konsequent entgegenzutreten“ lautet ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. Die Verwendung verfassungsfeindlicher Symbolik in den Schulen müsse durch alle am Erziehungs- und Bildungsprozess Beteiligten konsequent unterbunden werden. Zudem soll die Landesregierung aufgefordert werden, schulnahe Fortbildungen anzubieten und einen Leitfaden zum Umgang mit verfassungsfeindlicher Propaganda zur Verfügung zu stellen. Hintergrund für den Antrag ist die öffentliche Debatte über die strafrechtliche Relevanz des Zeigens des Hitlergrußes an einer Schule.

TOP 22

Die AfD-Fraktion möchte den Strafvollzug in Sachsen-Anhalt entlasten und Haftstrafen im Heimatland vollstrecken lassen. Auf Antrag der Fraktion soll daher die Justizministerin aufgefordert werden, eine Richtlinie für Sachsen-Anhalt zu erlassen, wonach ausländische Häftlinge regelmäßig nach hälftiger Verbüßung ihrer Freiheitsstrafe zwecks Vollstreckung ihrer Restfreiheitsstrafe an ihr Heimatland überstellt werden können.

TOP 23(a+b)

(a) Der Pflegealltag in Sachsen-Anhalt ist nach Ansicht der AfD-Fraktion geprägt vom Personalmangel. Sie spricht sich also unter dem Motto „Pfleger pflegen! Arbeitsbedingungen in der Pflege optimieren“ für die Verbesserung der Pflegesituation aus. Per Antrag soll die Landesregierung unter anderem zur zeitnahen und reibungslosen Umsetzung des Pflegeberufgesetzes in Sachsen-Anhalt und die Einhaltung des Arbeitszeitschutzgesetzes in Pflegeberufen aufgefordert werden.

(b) Laut den aktuellen Erhebungen von ver.di belaufen sich die Überstunden im Bereich Pflege an mitteldeutschen Kliniken im aktuellen Jahr bereits auf drei Millionen. Um diese Situation abfedern zu können, müssten allein im mitteldeutschen Raum 1 900 Vollzeitkräfte eingestellt werden, konstatiert die Fraktion DIE LINKE. Um die derzeitige Situation spürbar zu verbessern, müssten – so im Antrag verzeichnet – die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen deutlich verbessert werden, indem sie nach den Maßstäben des öffentlichen Tarifvertragswerkes ausgestaltet würden.

TOP 24

Es bedürfe zusätzlicher Sportwochenstunden, um die gesunde Bewegung und sportliche Leistungsbereitschaft der Kinder und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt zu fördern, befindet die AfD-Fraktion. Durch ihren Antrag soll die Landesregierung aufgefordert werden, die Zahl der Stunden für den Sportunterricht zu erhöhen. Zudem sollen die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden, dass die zusätzlichen Sportstunden ersatzweise durch den Nachweis außerschulischer Aktivitäten (Sportverein oder angeleitete Trainingseinheiten) abgeleistet werden können.

TOP 25

Auf politischer Ebene habe die Gemeinschaftswährung „Euro“ die politische Integration der Mitgliedsstaaten vorantreiben sollen. „Diese Ziele müssen heute als gescheitert angesehen werden“, befindet die AfD-Fraktion. Der Landtag soll sich daher auf Antrag der AfD-Fraktion dafür aussprechen, „die Bundesregierung aufzufordern, sich aktiv gegen die stille Enteignung der deutschen Sparer infolge der EZB-Nullzinspolitik einzusetzen und weiteren Schritten der EZB zur Abschaffung des Bargelds entgegenzutreten“.

TOP 26

Auf Antrag der AfD-Fraktion soll der Landtag beschließen, dass die „bergbauliche Abfallentsorgungsanlage Brüchau“ im Rahmen der Altlastensanierung innerhalb des ökologischen Großprojekts „Erdgasfelder Altmark“ ausgekoffert, vollständig zurückgebaut und der Standort anschließend renaturiert wird.

TOP 27

Innerhalb von 30 Jahren seien zehn Prozent der Bahnstrecken in Deutschland stillgelegt worden, moniert die Fraktion DIE LINKE. Davon entfielen 40 Prozent auf Ostdeutschland. Sachsen-Anhalt schaffe den traurigen zweiten Platz mit 660 Kilometern. Auf Antrag der Linken soll dieser Rückbau als Fehler anerkannt und die vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel und Mittel zur Gemeindeverkehrsfinanzierung stärker in den Schienenverkehr investiert werden; stillgelegte Strecken sollen reaktiviert, der Bau neuer Strecken forciert werden.

TOP 28

VERSCHOBEN auf 21. Juni 2019

TOP 29

VERSCHOBEN auf 21. Juni 2019

TOP 30

Der Bundestag hat kürzlich das „Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ beschlossen. Die Fraktion DIE LINKE hält das Gesetz für „verfassungswidrig“ und „menschen- und migrationsfeindlich“, zudem verstoße es gegen Europarecht. Daher soll die Landesregierung per Antrag aufgefordert werden, im Bundesrat den Vermittlungsausschuss mit dem Ziel anzurufen, das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ gründlich zu überarbeiten.

TOP 31

Mit ihrem Antrag möchte die Fraktion DIE LINKE eine personelle Umbesetzung des 15. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses herbeiführen. Demnach soll für die Abgeordnete Eva von Angern (DIE LINKE) die Abgeordnete Kerstin Eisenreich (DIE LINKE) stellvertretendes Mitglied des 15. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses werden.